



Jan Böcken, Bernard Braun, Rüdiger Meierjürgen (Hrsg.)

Gesundheitsmonitor 2015

Bürgerorientierung im Gesundheitswesen
Kooperationsprojekt der Bertelsmann Stiftung und der BARMER GEK

Gesundheitsmonitor 2015

*Jan Böcken, Bernard Braun,
Rüdiger Meierjürgen (Hrsg.)*

Gesundheitsmonitor 2015

Bürgerorientierung im Gesundheitswesen

Kooperationsprojekt der Bertelsmann Stiftung
und der BARMER GEK

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Wir verwenden in dieser Publikation keine durchgängig geschlechtergerechte
Sprache. Mit »Ärzte«, »Patientinnen«, »Bürger« etc. sind immer Männer
und Frauen gemeint.

© 2015 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Verantwortlich: Dr. Jan Böcken, Tobias Feldhaus, Bertelsmann Stiftung;
Dr. Rüdiger Meierjürgen, Nicole Osterkamp, BARMER GEK
Redaktion: 37 Grad Analyse und Beratung GmbH, Köln
Lektorat: Heike Herrberg
Herstellung: Christiane Raffel
Umschlaggestaltung: Elisabeth Menke
Umschlagabbildung: Alexander Raths/iStockphoto.com
Satz und Druck: Hans Kock Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld
ISBN 978-3-86793-680-4

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Inhalt

Einleitung	7
<i>Jan Böcken, Bernard Braun, Rüdiger Meierjürgen</i>	
Wie nimmt die Ärzteschaft Patientenrechte und das Patientenrechtgesetz wahr? Ergebnisse einer Ärztebefragung des Gesundheitsmonitors	12
<i>Dieter Hart, Thomas Brechtel, Martin Buitkamp</i>	
Blackbox Gesundheitspolitik: Die (Un-)Bekanntheit wichtiger gesundheitspolitischer Entscheidungen in der Wählerschaft	37
<i>Nils C. Bandelow, Florian Eckert, Robin Rösenberg</i>	
Erst mal Doktor Google fragen? Nutzung neuer Medien zur Information und zum Austausch über Gesundheitsthemen	57
<i>Eva Baumann, Fabian Czerwinski</i>	
Apotheke – ein moderner Supermarkt?	80
<i>Gerd Glaeske, Stanislava Dicheva, Kristin Sauer</i>	
Gesundheit – ein käufliches Produkt? Meinungen und Erfahrungen der Bevölkerung	98
<i>Bernard Braun, Gerd Marstedt</i>	
Zusatzangebote in der Schwangerschaft: Sichere Rundumversorgung oder Geschäft mit der Unsicherheit?	119
<i>Rainhild Schäfers, Petra Kolip</i>	

Die Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen aus der Sicht der Bevölkerung	151
<i>Joseph Kuhn, Veronika Reising, Rebekka Schulz, Birgit Reineke, Gabriele Bolte</i>	
Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu gesetzlichen Maßnahmen des Nichtraucherschutzes, zum Konsum von E-Zigaretten und zu Aufklärungsaktivitäten	173
<i>Katrin Schaller, Simone Braun, Martina Pötschke-Langer</i>	
Rolle und Akzeptanz der Prävention von schädlichen Lifestyle-Einflüssen in der Bevölkerung	193
<i>Tobias Effertz</i>	
Die gesundheitliche Situation von atypisch und prekär Beschäftigten	211
<i>Melanie Schnee, Joachim Vogt</i>	
Psychosozialer Stress am Arbeitsplatz: Indirekte Unternehmenssteuerung, selbstgefährdendes Verhalten und die Folgen für die Gesundheit	228
<i>Anja Chevalier, Gert Kaluza</i>	
Prävention und Gesundheitsförderung gesamtgesellschaftlich gestalten	254
<i>Interview mit Dr. Ilona Kickbusch</i>	
Die Befragungen des Gesundheitsmonitors	268
Die Messung der Sozialschichtzugehörigkeit	271
Die Autorinnen und Autoren	273
Abstracts	276

Einleitung

Jan Böcken, Bernard Braun, Rüdiger Meierjürgen

Mangelnde Tatkraft kann man der Großen Koalition im Gesundheitswesen in den beiden letzten Jahren nicht vorwerfen. Zahlreiche Gesetzesvorhaben – die nahezu alle Leistungs- und Versorgungsgebiete betreffen – sind in der laufenden 18. Legislaturperiode auf den Weg gebracht beziehungsweise bereits verabschiedet worden. Zahlreiche Initiativen, Stellungnahmen und Kommentierungen von Patientenvertretungen und -organisationen belegen, dass die Bevölkerung bei der Ausgestaltung des Versorgungsgeschehens und der gesetzlichen Neuregelungen einbezogen werden will. Die Realisierung einer stärkeren Patienten- und Nutzerorientierung scheint im Versorgungsalltag allerdings nur im Schneckentempo voranzukommen. Die intensiven Diskussionen um Patientenrechte und -sicherheit, partizipative Entscheidungsfindung oder Health Literacy zeigen, wie komplex die damit verbundenen Herausforderungen sind. Es ist daher nicht verwunderlich, dass zwischen dem Wunsch nach mehr Bürgerorientierung und der Wirklichkeit noch immer eine Lücke klafft.

Das bekannteste Gesetz in der Bevölkerung ist das Patientenrechtegesetz. Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten kennt immerhin fast die Hälfte der Bevölkerung den Gesetzesnamen; jedoch sind nur acht Prozent mit konkreten Gesetzesinhalten vertraut. Dieter Hart, Thomas Brechtel und Martin Buitkamp analysieren auf der Grundlage einer Ärztebefragung, wie die Ärzteschaft die Patientenrechte und das Patientenrechtegesetz wahrnimmt, und kommen dabei zu sehr ernüchternden Ergebnissen. Transparenz, Rechtssicherheit und Steigerung der Durchsetzung der Patientenrechte werden nach Ansicht von mehr als der Hälfte der Befragten mit dem Gesetz nicht erreicht. Ärzte sehen darin eher eine Belastung, weil der zeitliche Aufwand

ihrer Befolgung erheblich zugenommen hat. Etwa ein Drittel der Ärzteschaft kennt das Patientenrechtegesetz nicht. Für die Autoren steht fest, dass es weiterer Anstrengungen bedarf, Ärzte und Patienten zu informieren – letztlich auch mit dem Ziel einer gesteigerten aktiven Rolle von Patienten in der Arzt-Patienten-Beziehung.

Viele Gesetze sind jedoch weit weniger bekannt als das Patientenrechtegesetz. Nils C. Bandelow, Florian Eckert und Robin Rüsenberg widmen sich in ihrem Beitrag der Frage, ob die Gesetze im Gesundheitsbereich bekannt sind und wahrgenommen werden. Dabei wird deutlich, dass ein Großteil der Wählerschaft nur dann Gesundheitspolitik wahrnimmt, wenn kurzfristige und unmittelbare Auswirkungen auf die eigene Situation erkennbar sind (z. B. Abschaffung der Praxisgebühr). Eine Zuordnung der Verantwortung für konkrete Maßnahmen zu bestimmten Parteien gelingt nur im Ausnahmefall.

Eva Baumann und Fabian Czerwinski werfen in ihrem Beitrag einen Blick auf den aktuellen Forschungsstand zur gesundheitsbezogenen Mediennutzung und analysieren die Bedeutung von Online-Medien als Informationsquelle für die Bürger. Ihre Ergebnisse belegen, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung sich aktiv in unterschiedlichen Quellen über Gesundheitsthemen informiert und sich das Internet hier fest etabliert hat.

Wie wichtig qualifizierte Informationen und kompetente gesundheitsbezogene Beratung sind, zeigt sich in besonderer Weise im Bereich der Apotheken. Für Gerd Glaeske, Stanislava Dicheva und Kristin Sauer vermitteln Apotheken mit ihren weit gefächerten Sortimenten eher den Eindruck von Drogerien oder Supermärkten. Sie gehen daher der Frage nach, ob dies aus Sicht der Bürger Folgen für die Beratungsqualität in Apotheken hat. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Mehrheit der Befragten in der Apotheke trotz zahlreicher benannter Mängel gut aufgehoben fühlt. Gleichzeitig wird deutlich, dass es bei der angebotenen Beratung und dem Service Verbesserungspotenziale gibt.

Vor dem Hintergrund der zahlreichen Appelle zu gesunden Lebensweisen und der Vielzahl von Gesundheitsprodukten und -angeboten beschäftigen sich Bernard Braun und Gerd Marstedt mit dem Verhaltenstypus des »Gesundheitskonsumerismus« als einer Art gesellschaftlicher Zwang oder einer individuellen Verhaltensnorm und Pflicht zur Selbstoptimierung. Die Ergebnisse ihrer empirischen Untersuchungen verdeutlichen, dass sich etwa ein Drittel der Befragten

als Gesundheitskonsumenten einordnen lässt. Für die Autoren ist es unerlässlich, das angebotsinduzierte Paradigma beziehungsweise die Erwartungshaltung des »viel hilft viel« vor allem durch gezielte Information und Beratung sowie Kompetenzentwicklung einzudämmen.

Das oft fragwürdige Verständnis des »viel hilft viel« findet sich auch bei den zahlreichen Zusatzangeboten in der Schwangerenvorsorge. Die Autorinnen Rainhild Schäfers und Petra Kolip analysieren auf der Grundlage einer Befragung von Frauen, die in dem Jahr vor der Befragung ein Kind geboren hatten, den Umfang der Inanspruchnahme von Vorsorgeleistungen während der Schwangerschaft. Danach nehmen fast alle Befragten (99%) Präventionsmaßnahmen in Anspruch, die nach den Mutterschafts-Richtlinien nicht vorgesehen sind.

Einen Schwerpunkt des diesjährigen Gesundheitsmonitors bilden Beiträge zu Themen der Prävention und Gesundheitsförderung. Sie zeigen nicht nur, wie facettenreich die Bürger das Thema bewerten, sondern auch, dass das nach drei gescheiterten Anläufen in dieser Legislaturperiode vermutlich zustande kommende Präventionsgesetz nur ein Baustein für die Weiterentwicklung von Prävention und Gesundheitsförderung sein kann.

Joseph Kuhn, Veronika Reisig, Rebekka Schulz, Birgit Reineke und Gabriele Bolte beleuchten in ihrem Beitrag die Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen aus Sicht der Bevölkerung. Die Befragten sind davon überzeugt, dass medizinische Maßnahmen wie Impfungen oder Früherkennungsuntersuchungen sowie verhältnispräventive Maßnahmen wie Sicherheitsgurte im Auto, Arbeitsschutz oder Rauchverbote in der Gastronomie häufig wirksam sind. Allerdings stellt die Wirksamkeit von Maßnahmen für die Entscheidung zur Teilnahme für die Befragten nur ein Entscheidungskriterium neben anderen dar.

Wie kaum ein anderes Feld der Prävention ist in den letzten Jahren der Nichtraucherschutz kontrovers diskutiert worden. Katrin Schaller, Simone Braun und Martina Pötschke-Langer zeigen auf, dass die zwischenzeitlich eingeführten Nichtraucherschutzgesetze immer mehr Zustimmung in der Bevölkerung finden. Sie sprechen sich dafür aus, diese positive Einstellung der Bevölkerung zu nutzen, um derzeit noch bestehende Mängel zu beseitigen. Hierzu gehören nach Auffassung der Autorinnen die Anpassung der föderal immer noch ungleichen Nichtraucherschutzgesetze, die Einführung eines

flächendeckenden Schutzes vor Passivrauchen am Arbeitsplatz und ein gesetzliches Rauchverbot in Privatautos, wenn Kinder und Jugendliche mitfahren.

Tobias Effertz untersucht in seinem Beitrag, wie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen auf verschiedene Instrumente der Tabak-, Alkohol- und Adipositasprävention reagieren und diese beurteilen. Um politischen Entscheidungsträgern Hinweise geben zu können, wie die Akzeptanz unpopulärer, aber effektiver Präventionsinstrumente in der Bevölkerung gefördert werden kann, analysiert Effertz darüber hinaus, ob und unter welchen Bedingungen die Bevölkerung Steuern auf Adipositas begünstigende Lebensmittel und Werbebeschränkungen befürwortet. Die Analyse zeigt, dass Einschränkungen der Werbung, etwa im Bereich des Kindermarketings, von zwei Dritteln der Bevölkerung bejaht werden.

Melanie Schnee und Joachim Vogt untersuchen die gesundheitlichen Probleme und gesundheitlich riskante Verhaltensweisen bei atypisch und prekär Beschäftigten. Die Ergebnisse ihrer empirischen Analyse zeigen, dass prekär Beschäftigte häufiger von Krankheiten betroffen sind und auch häufiger das Gesundheitswesen in Anspruch nehmen, jedoch nicht häufiger krankgeschrieben werden als Menschen in Normalarbeitsverhältnissen. Atypisch Beschäftigte sind lediglich im Bereich der chronischen Erkrankungen öfter betroffen. Schnee und Vogt sehen es als notwendig an, Umweltfaktoren wie Lebens- und Arbeitsbedingungen, die durch politische Rahmenbedingungen verändert werden können, wieder verstärkt in den Blick zu nehmen.

Die Ergebnisse einer Analyse von Anja Chevalier und Gert Kaluza belegen, dass Freiheiten am Arbeitsplatz auch ihren Preis haben. Die immer weiter an Bedeutung zunehmenden allgemeinen Zielvorgaben in Unternehmen verleiten Beschäftigte dazu, mehr zu arbeiten, als ihnen guttut. Damit wächst bei vielen die Gefahr, dass sie sich gesundheitlich selbst gefährden. Um diesem Hamsterrad zu entkommen, sind nach Auffassung der Autorin und des Autors vor allem Unternehmen gefordert, Arbeits- und Leistungsstrukturen zu gestalten, in denen ein gesundheitsförderliches Arbeits- und Leistungsverhalten der Einzelnen möglich wird.

Der diesjährige Gesundheitsmonitor wird mit einem Interview mit Ilona Kickbusch zum Thema »Prävention und Präventionsgesetz« abgeschlossen. Sie spricht sich darin für die Stärkung von

Prävention und Gesundheitsförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus. Das Präventionsgesetz sei trotz einiger Schwächen ein Schritt in die richtige Richtung. Im internationalen Vergleich stehe Deutschland nicht schlecht da.

Insgesamt liefert der Gesundheitsmonitor auch in diesem Jahr wertvolle Beiträge zu zentralen Fragen des Gesundheitswesens. Es wird analysiert, wie die Bevölkerung sich über Gesundheitsfragen informiert, wie sie die gesundheitliche Versorgung wahrnimmt und wie sie Veränderungen bewertet. Diese Art von Auswertungen sollte Grundlage für die Reformansätze in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode sein. Da die gesetzlichen Initiativen in diesem Zeitraum erfahrungsgemäß weniger dicht gesät sein werden, besteht vielleicht eine Chance, sich intensiver als in der Vergangenheit mit der Perspektive und dem Bedarf der Bürger zu beschäftigen.

Die Autorinnen und Autoren

- Bandelow, Nils C., Prof. Dr., Professor für Politikwissenschaft und Leiter des Lehrstuhls für Innenpolitik, Institut für Sozialwissenschaften, TU Braunschweig.
- Baumann, Eva, Prof. Dr. phil., Diplom-Medienwissenschaftlerin, Professorin für Kommunikationswissenschaft am Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover.
- Böcken, Jan, Dr. rer. medic., Senior Project Manager Gesundheitsmonitor, Programm »Versorgung verbessern – Patienten informieren«, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Bolte, Gabriele, Prof. Dr., MPH, Leiterin der Abteilung Sozialepidemiologie, Institut für Public Health und Pflegeforschung, Universität Bremen.
- Braun, Bernard, Dr. rer. pol., Diplom-Soziologe, Abteilung für Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung am Zentrum für Sozialpolitik (ZeS), Universität Bremen.
- Braun, Simone, Dr. phil., Diplom-Psychologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Deutsches Krebsforschungszentrum, Heidelberg.
- Brechtel, Thomas, Dr. phil., M.A., Geschäftsführer 37 Grad Analyse und Beratung GmbH, Köln.
- Buitkamp, Martin, Diplom-Sozialwissenschaftler, MPH, Mitarbeiter der QUBIC Beratergruppe, Geschäftsfeld »Evaluation«, Hannover.
- Chevalier, Anja, Dr., Lecturer, Institut für Sportökonomie und Sportmanagement, Forschungsschwerpunkt: betriebliches Gesundheitsmanagement/Stressprävention, Deutsche Sporthochschule Köln.
- Czerwinski, Fabian, Diplom-Soziologe, M.Sc. Public Health, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Universität Bielefeld.

- Dicheva, Stanislava, Apothekerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Sozialpolitik (ZeS), Arbeitsgruppe »Arzneimittelanwendungsforschung«, Universität Bremen.
- Eckert, Florian, Dr., Repräsentant Gesundheitspolitik, Bayer Health-Care Deutschland, Berlin.
- Effertz, Tobias, PD, Dr. rer. pol., Fakultät für Betriebswirtschaft, Institut für Recht der Wirtschaft, Universität Hamburg.
- Glaeske, Gerd, Prof. Dr. rer. nat., Co-Leiter der Abteilung Gesundheitsökonomie, Gesundheitspolitik und Versorgungsforschung am Zentrum für Sozialpolitik (ZeS), Leiter der Arbeitsgruppe »Arzneimittelanwendungsforschung«, Universität Bremen.
- Hart, Dieter, Prof. Dr., Professor für Zivilrecht, Handels- und Gesellschaftsrecht, Wirtschaftsrecht, insbesondere Medizinrecht, i.R., Fachbereich Rechtswissenschaft, Institut für Informations-, Gesundheits- und Medizinrecht, Universität Bremen.
- Kaluza, Gert, Prof. Dr., Leiter GKM-Institut für Gesundheitspsychologie, Marburg.
- Kickbusch, Ilona, Prof. Dr. rer. pol, Kickbusch Health Consult, Brienz, Schweiz.
- Kolip, Petra, Prof. Dr. phil., Diplom-Psychologin, Professorin für Prävention und Gesundheitsförderung, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Universität Bielefeld.
- Kuhn, Joseph, Dr., Diplom-Psychologe, Sachbereichsleiter GBE, Sozialmedizin, ÖGD, Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Oberschleißheim.
- Marstedt, Gerd, Dr. phil., Arbeitsfeld: Medizinsoziologie, Gesundheitspolitik, Arbeits- und Betriebssoziologie, bis 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Sozialpolitik (ZeS), Universität Bremen.
- Meierjürgen, Rüdiger, Dr. rer. pol., Diplom-Volkswirt, Kompetenzzentrum Medizin und Versorgungsforschung, BARMER GEK, Wuppertal.
- Pötschke-Langer, Martina, Dr. med., Leiterin der Stabsstelle Krebsprävention und des WHO-Kollaborationszentrums für Tabakkontrolle, Deutsches Krebsforschungszentrum, Heidelberg.
- Reineke, Birgit, SAS-Programmierung und Datenmanagement, Abteilung Sozialepidemiologie, Institut für Public Health und Pflegeforschung, Universität Bremen.
- Reisig, Veronika, Dr., MPH, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Sachbereich GBE, Sozialmedizin, ÖGD, Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Oberschleißheim.

- Rüsenberg, Robin, Diplom-Politologe, Geschäftsführer, Deutsche Arbeitsgemeinschaft niedergelassener Ärzte in der Versorgung HIV-Infizierter (dagnä) e. V., Berlin.
- Sauer, Kristin, Dr. PH., MPH, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Arbeitsgruppe »Arzneimittelanwendungsforschung« am Zentrum für Sozialpolitik (ZeS), Universität Bremen.
- Schäfers, Rainhild, Prof. Dr. rer. medic., Diplom-Pflegewissenschaftlerin (FH), Hebamme, Professorin für Hebammenwissenschaft, Department für Angewandte Gesundheitswissenschaften, Hochschule für Gesundheit, Bochum.
- Schaller, Katrin, Dr. rer. nat., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Deutsches Krebsforschungszentrum, Heidelberg.
- Schnee, Melanie, Dr. phil., Lehrbeauftragte, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswissenschaften, Hochschule Ludwigshafen am Rhein.
- Schulz, Rebekka, MPH, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Sachbereich GBE, Sozialmedizin, ÖGD, Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Oberschleißheim.
- Vogt, Joachim, Prof. Dr. phil., Leiter der Forschungsgruppe Arbeits- und Ingenieurpsychologie, Fachbereich Humanwissenschaften, Technische Universität Darmstadt.